



Pressemitteilung

Nürnberg/Würzburg, 25.02.2010
PM 021/LFGS
Verkehr

Autobahn-Westumgehung ist und bleibt eine Planung gegen die Bevölkerung Bund Naturschutz fordert Einstellung der Planungen

Die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsstudie bestärken den Bund Naturschutz in seinem Einsatz gegen die Autobahn-Westumgehung (B26n). Für den Bund Naturschutz ist klar: Sollte die Autobahn tatsächlich kommen, wird sie entweder eine klare Transitautobahn mit wenigen Anschlussstellen oder es folgen in der Region noch weitere kosten-trächtig Ausbaumaßnahmen für die Autobahnzubringer mit zusätzlichen Belastungen für die BürgerInnen der Region. Beides ist für den Bund Naturschutz nicht hinnehmbar und zeigt deutlich, wie der Bevölkerung die tatsächlichen Auswirkungen verschleiert werden sollen. Daher wird sich der Bund Naturschutz mit aller Kraft weiterhin gegen diese unsinnige Planung stemmen, die die Landkreise Würzburg und Main-Spessart zerschneidet, unersetzliche Lebensräume zerstört, Erholungsräume entwertet, Trinkwasserschutzgebiete gefährdet und der Bevölkerung zusätzliche Belastungen mit Lärm und Abgasen aufbürden will. Der Bund Naturschutz fordert daher die Einstellung aller Planungen für die Autobahn-Westumgehung (B26n).

Bei der Vorstellung der Umweltverträglichkeitsstudie zur Autobahn-Westumgehung (B26n) präsentierten die Planer insgesamt 10 Auffahrten auf diese Autobahn. Damit will man wohl diese Transitautobahn als Erschließungsstrasse für die Region verkaufen. Doch unbekannt bleibt, wie denn die zuführenden Straßen den zu erwartenden Zubringerverkehr überhaupt aufnehmen sollen. Häufig sind nur schmale und kurvenreiche Ortsverbindungsstraßen vorhanden. So stellt sich die Frage, ob diese dann ebenso ausgebaut und verlegt werden sollen, wie die Bundesstraße 8 bei der geplanten Anschlussstelle zwischen Hettstadt und Roßbrunn. Diese Strecke wird komplett neu gebaut, zerschneidet zusätzlichen Raum und wird vor allem die Gemeinden Höchberg, Waldbüttelbrunn und Hettstadt zusätzlich mit Verkehr belasten. Hierüber gab es jedoch von Seiten des Straßenbauamtes Würzburg bisher keine befriedigende Auskunft. Außer, dass die Entscheidungen über die Anschlussstellen erst in der Detailplanung erfolgen, also im Planfeststellungsverfahren. Damit schwebt nun zusätzlich zur geplanten neuen Autobahn durch die Landkreise Würzburg und Main-Spessart mit den Autobahnzubringern ein weiteres Damoklesschwert über der Region.

gez. Helmut Schultheiß
Regionalreferent für Unterfranken

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de